

36. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

7. Mai 1952

470/J

A n f r a g e

der Abg. M a r k, P r o k s c h, P r e u s s l e r und Genossen
an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,
betreffend Verteilung von Stipendien der Bundeshandelskammer.

-.-.-

In einer Studentenzeitung wurde im Oktober vergangenen Jahres berichtet, dass Stipendien, deren Ausgabe von der Bundeshandelskammer beschlossen worden war, durch die Studentenorganisation der ÖVP, die Föst, in ihren Plakatkästen ausgeschrieben wurden.

Daraufhin wurden diese Ausschreibungen eingestellt; hingegen wurden Ende Dezember vorigen Jahres Rundschreiben folgenden Inhaltes versendet:

"Liebe Kollegin, lieber Kollege!
Das Sozialreferat der Föst ist in der Lage, bedürftigen Kollegen (nur Juristen und Welthändlern) eine einmalige Studienbeihilfe in der Höhe von S 500.- durch die Bundeshandelskammer zukommen zu lassen. Beizubringen sind erstens ein handschriftliches Gesuch, adressiert an die Sektion Handel der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, Wien 3., Stalinplatz, zweitens Mittellosigkeitszeugnis oder Gebühreennachlass, drittens Studiennachweis.
Du wirst gebeten, Dich am 3. Jänner 1952 in der Zeit von 17 bis 19 Uhr bei Kollegen Drasczyk-Schönfeld in der ÖVP-Landesleitung, Wien 1., Falkestrasse 3, mit obigen Unterlagen einzufinden (für Nachzügler ausnahmsweise am 8. Jänner 1952 von 17 bis 19 Uhr)."

Obwohl eine diesbezügliche Mitteilung in der Jännernummer der erwähnten Zeitschrift verlautbart wurde, hat dazu niemand Stellung genommen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die nachstehende

A n f r a g e:

- 1.) Ist der Herr Bundesminister bereit festzustellen, ob die von der Zeitung verlautbarten Missbräuche tatsächlich vorgekommen sind?
- 2.) Ist der Herr Bundesminister bereit zu veranlassen, dass in Hinkunft die Vergebung von Mitteln der Bundeshandelskammer nicht in Parteisekretariaten vorgenommen wird?

-.-.-.-.-